

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Christine Kamm

Abg. Martin Neumeyer

Abg. Arif Taşdelen

Abg. Joachim Unterländer

Staatsministerin Emilia Müller

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion

"Integration fördern statt verhindern - Bayern braucht ein echtes Integrationsgesetz!"

Die Bedingungen für die Aktuelle Stunde sind bekannt. – Als ersten Redner rufe ich Herrn Rinderspacher von der SPD-Fraktion auf. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesen Tagen und Wochen findet das Anhörungsverfahren für das sogenannte Integrationsgesetz statt, das die CSU-Regierung auf den Weg bringen will. Die ersten Reaktionen zeigen fast ohne Ausnahme auf: Verbände, Kirchen, Wohlfahrtsorganisationen, Kommunen, Gewerkschaften und Parteien, auch außerhalb des Bayerischen Landtags, kritisieren den Entwurf mit harschen Tönen. Ein Beispiel: Die Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayern – kurz AGABY – kritisiert, das Gesetz lasse "ein erfolgsversprechendes Verständnis von Integration vermissen". Und weiter:

Das im Gesetzentwurf skizzierte Bild von Migrant_innen ist von negativen Vorurteilen geprägt, der Text hat einen imperativen und repressiven Ton, der die Integration verhindert und nicht fördert.

Wir nehmen dies zum Anlass für eine Aktuelle Stunde; denn dieses Gesetz ist auch aus unserer Perspektive kein Integrationsgesetz. Es ist ein Abschottungs-, es ist ein Ausgrenzungs-, und es ist ein Abgrenzungsgesetz.

(Beifall bei der SPD)

Die CSU betreibt eine ungute Symbolpolitik auf dem Rücken von Migrantinnen und Migranten und vertont die Botschaft der letzten Monate jetzt auch in Gesetzesform. In Bayern sollen Ausländer hart an die Kandare genommen werden. Die CSU stellt Mi-

grantinnen und Migranten unter Generalverdacht. Sie seien nicht integrationswillig, sie stellten eine Gefährdung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den inneren Frieden dar.

Tatsächlich, meine Damen und Herren, kocht die CSU hier ein ungutes parteipolitisches Süppchen zulasten der politischen Kultur und zulasten der Betroffenen. Wir finden, Gesetze sollten das gesellschaftliche Klima nicht aufheizen, sondern besänftigen. Gesellschaftliche Konflikte sollten durch Gesetze nicht entstehen, sondern vermieden werden. Das CSU-Gesetz hingegen spaltet die Gesellschaft, statt sie zu einen.

(Beifall bei der SPD)

Vieles deutet darauf hin, dass es gar nicht wirklich um Integrationspolitik geht. So soll jetzt ein Gesetz im Schnelldurchlauf durch den Landtag gebracht werden; aber eine Verfassungsänderung, so haben die Kollegen angekündigt, soll es erst 2018 geben, also in zeitlicher Nähe zu den Landtagswahlen. Wir sagen, sinnvoll, naheliegend, ja geradezu zwingend wäre es gewesen, beides, die Verfassungsänderung und die einfache Gesetzgebung, miteinander zu beraten – denn beides gehört zusammen –, statt es thematisch und zeitlich auseinanderzuziehen. Die Absicht ist klar: Die CSU möchte das Thema Ausländerpolitik wieder zu einem Wahlkampfthema machen. Die Ankündigung macht klar: Wir haben in Bayern für 2018 mit einer Wahlkampfauseinandersetzung zu rechnen, in der die CSU abgrenzt, ausgrenzt, abschottet und der AfD mit deren Parolen hinterherläuft und vorseilt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Der Gesetzentwurf steht unter dem Motto "Fördern und Fordern". Gefördert wird de facto nicht, gefordert dafür umso mehr. Wer aber die verpflichtende Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen fordert und die Nichtteilnahme sogar mit Sanktionen belegt – wir wären da durchaus mit dabei; auch wir sagen, Fördern und Fordern gehören zusammen –, muss diese Sprachkurse auch bereitstellen. Wir haben in Bayern viel zu wenige davon. Oft müssen Flüchtlinge monatelang warten, bis sie an einem solchen

Kurs teilnehmen können, und tatsächlich verschiebt Ihr Gesetzentwurf ein weiteres Mal die Verantwortlichkeiten. So schreibt der Bayerische Handwerkstag in seiner Stellungnahme, es könne nicht angehen, dass die Verantwortung für Sprachkurse jetzt auf die Wirtschaft im Allgemeinen und die Handwerkskammern im Besonderen abgeschoben werden solle.

Wie sieht die Realität in Bayern im Moment aus? – Sie laden die staatlichen Integrationsaufgaben, Deutsch- und Integrationsseminare bei Tausenden Ehrenamtlichen ab, die mittlerweile völlig überlastet sind, und im Bierzelt schimpfen Sie, Migranten und Migrantinnen seien unwillig, Deutsch zu lernen. Dieses ungute Spiel, meine Damen und Herren, ist Ausdruck eines national-konservativen Rechtspopulismus, wie er unwürdiger nicht sein kann.

(Beifall bei der SPD)

Statt Integration bereits in frühen Kinderjahren zu fördern, verantworten Sie als Bayerische Staatsregierung eklatante Defizite in der frühkindlichen Bildung. Als wäre die Kinderbetreuungsquote in Bayern nicht heute schon die schlechteste im Bundesländervergleich, satteln Sie in diesen Monaten noch eins drauf mit einem Betreuungsgeld, einer Fernhalteprämie von Bildungschancen und einer Prämie für Familien, die ihr Kind nicht in die Kita geben – eine bildungspolitische Rolle rückwärts und eine überaus kontraproduktive Maßnahme in Sachen Integration.

(Beifall bei der SPD – Josef Zellmeier (CSU): Wo leben Sie denn, Herr Kollege? Leben Sie in Bayern? Ich glaube, nicht!)

Wir sagen: Die eine Milliarde Euro, die Sie bis 2021 für ein unsinniges Betreuungsgeld ausgeben wollen, wäre besser investiert in kleinere Betreuungsgruppen in den Kitas, in kleinere Klassen, in mehr Erzieherinnen und Erzieher, in mehr Lehrer und in mehr Ganztagsangebote. Das wäre die bessere Investition gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Das beabsichtigte Integrationsgesetz der Staatsregierung ist in Teilen ganz offensichtlich verfassungswidrig. Es wimmelt von bedenklichen unbestimmten Rechtsbegriffen, und es mangelt an Normenklarheit. Das hängt auch mit Ihrem Begriff der Leitkultur zusammen, den Sie selbst zu definieren kaum in der Lage sind. Der Begriff ist in der Wissenschaft umstritten, und er ist nicht trennscharf. Sie hingegen formulieren, die Leitkultur habe eine identitätsstiftende Prägung für unser Land, die es zu bewahren und zu schützen gelte. Auch daraus geht hervor: Zuwanderung ist für Sie nach wie vor etwas Bedrohliches.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Quatsch! – Josef Zellmeier (CSU): Wer integriert sich denn wohin?)

– Warum gilt es dann, die Leitkultur zu schützen, wenn sie nicht bedroht ist? – Das Schlagwort der Leitkultur ist für Sie alles und nichts zugleich. Ich denke, das ist genau das, was Sie wollen. Aber für eine Gesetzgebung ist eine so unklare Definition denkbar ungeeignet. Sie schaffen ein bayerisches Nebenstrafrecht, das höchst fragwürdig ist, mit Sanktionen, die mitunter bereits strafbewehrt sind, ein Strafrecht light unterhalb des tatsächlichen Strafrechts.

Unseliger Tiefstpunkt Ihres Gesetzentwurfs ist der sogenannte Schwimmbadparagraph, der Türken, Afrikaner und Araber als unliebsam, ja als gefährlich erachtet. So heißt es in Artikel 17a: "Die Zulassung nicht freizügigkeitsberechtigter Ausländer kann von einer vorherigen Belehrung und dem ausdrücklichen Anerkenntnis der bestehenden Vorschriften abhängig gemacht werden." Was heißt das im Konkreten? – Es heißt konkret: Sie haben offenbar bei Ihrem Vorhaben Ausländermaut gelernt, dass EU-Vorschriften doch eine gewisse Rolle spielen. EU-Ausländer dürfen also in jedem Fall ins Schwimmbad, in die Bibliothek oder in die kommunale Einrichtung; aber bei Afrikanern, Türken und Arabern muss man ein bisschen aufpassen. Das bedeutet konkret – was für ein irrer Gedanke! –, dass ein Franzose, der in der EU freizügigkeitsberechtigt ist, aber als Islamist an Anschlägen in Brüssel und in Paris teilgenommen hat und der – ich sage es einmal ganz salopp – zu Hause dreimal am Tag seine vier Frauen her-

watscht, ins Schwimmbad darf. Aber der Türke, der in der EU nicht freizügigkeitsberechtigt ist, der seit 50 Jahren in unserem Land lebt, gut integriert ist, seine Steuern bezahlt, sich in unserer Gesellschaft ehrenamtlich engagiert, vielleicht als Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr oder als stellvertretender Schatzmeister des CSU-Ortsverbands, muss zuerst beim Bademeister vorsprechen: Obwohl ich seit einem halben Jahrhundert hier lebe, lasst ihr mich nicht in euer Schwimmbad. –Ich frage Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU: Sind Sie eigentlich von allen guten Geistern verlassen, so etwas in ein Gesetz zu schreiben?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Sie sagen in Ihrem Integrationsgesetz, Flüchtlinge müssten schnell demokratische Gepflogenheiten kennenlernen, und propagieren das Gegenteil, nämlich ein monarchisches Vorbild. Der Integrationsbeauftragte wird nicht gewählt, nicht von der Bevölkerung, nicht von den Migrantinnen und Migranten selbst, nicht vom Landtag; er wird ernannt vom Ministerpräsidenten. Der Integrationsrat wird ernannt. Wer Demokratie von anderen einfordert, sollte sie auch vorleben, insbesondere auch in der Gesetzgebung.

Ja, meine Damen und Herren, Migranten müssen bereit sein, eine offene Gesellschaft nach dem Leitbild des Grundgesetzes mitzugestalten. Keine Frage: Fördern und Fordern! Unsere Verfassung bietet breiten Raum für kulturelle Vielfalt, sie sichert die Freiheit des Glaubens, die Gleichberechtigung von Frau und Mann, und sie garantiert die Rechte von Minderheiten. Damit alle diese Freiheit leben können, setzt unser Grundgesetz zugleich klare Grenzen, die niemand unter Hinweis auf seine Herkunft oder religiöse Überzeugungen verletzen darf.

(Josef Zellmeier (CSU): Eben!)

Mit anderen Worten: Das Grundgesetz und vor allem seine ersten 20 Artikel bilden das demokratische und freiheitliche Leitbild in Deutschland. Es beschreibt, wie wir uns

in Deutschland begegnen und unser Zusammenleben gestalten wollen. – Ihr Entwurf eines Integrationsgesetzes atmet nicht den Geist des Grundgesetzes.

(Beifall bei der SPD – Dr. Florian Herrmann (CSU): Unverschämtheit! Unverschämtheit!)

Ihr Entwurf baut nicht demokratische Mitwirkungsrechte aus. Ihr Entwurf baut Bürgerrechte nicht aus, sondern ab. Ihr Entwurf ist in Teilen rechtsstaatlich überaus bedenklich und fragwürdig. Ihr Entwurf diskriminiert einzelne Bevölkerungsgruppen, und Ihr Entwurf verletzt den Gleichheitsgrundsatz.

Deshalb fordern wir Sie hier heute auf: Unterziehen Sie Ihr Integrationsgesetz einer Fundamentalrevision in Zusammenarbeit mit der Opposition, oder ziehen Sie es zurück. Ihr Entwurf atmet einen Geist, der nicht zu unserem Land passt; denn Bayern steht für Vielfalt, und Bayern ist bunt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Aber nicht multikulti!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Josef Zellmeier von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Tja. Die SPD nähert sich mit schnellen Schritten ihrem lang ersehnten Ziel bei den Wahlergebnissen, nämlich dem Niveau der SPD auf Bundesebene,

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

aber nicht, weil die Zahlen steigen, sondern weil die Bundes-SPD noch schneller fällt als Sie und Sie die Talsohle schon ziemlich erreicht haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Keine Inhalte, Herr Kollege!)

Heute war wiederum ein Grund dafür zu erkennen, dass die Bevölkerung, dass der normale Bürger nicht mehr SPD wählt. Sie haben es gerade bewiesen, Herr Kollege Rinderspacher, und eine erbärmliche Rede zum Thema Integration gehalten, eine hetzerische Rede.

(Beifall bei der CSU)

Sie sprechen von Abschottung durch die CSU bei einem Bundesland, das offen ist, das den höchsten Zuzug hat unter allen Bundesländern,

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist Ihre Logik!)

das das meiste Geld für Integration ausgibt, das dafür am meisten tut. Sie reden nicht von den Versagern in den anderen Bundesländern, die überwiegend rot-grün regiert sind, wo Integration gescheitert ist. Bei uns gelingt sie.

(Beifall bei der CSU)

Integration, liebe Kolleginnen und Kollegen auf der linken Seite dieses Hauses, setzt voraus, dass die Menschen, die hier leben, die sogenannten Einheimischen, stolz sind auf ihr Land, stolz sind auf ihre Kultur, stolz sind auf ihre Leistungen, sich aber auch der dunklen Seite ihrer Geschichte bewusst sind. All das, die historische Geschichte Deutschlands, die Vielfalt, die wir repräsentieren, können wir nur zusammenführen, können wir nur integrieren, wenn wir eine klare Leitkultur vorgeben, wenn klar ist, wo die Menschen hinsollen, wenn die Menschen, die hierherkommen, wissen: Sie sollen nicht nur das Grundgesetz und die Bayerische Verfassung inhalieren, sie sollen auch Kultur und Tradition achten und respektieren,

(Markus Rinderspacher (SPD): Leitkultur!)

und sie sollen der Leitkultur natürlich – –

(Volkmar Halbleib (SPD): Definieren Sie diese mal, Herr Kollege!)

– Leitkultur bedeutet: Das, was die Menschen hier leben, wird von denjenigen akzeptiert, die zu uns kommen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Was reden denn die Menschen?)

Jeder kann für sich natürlich entscheiden, was er tun will.

(Volkmar Halbleib (SPD): Leitkultur ist das, was die Menschen leben?)

– Kollege Halbleib, jeder kann das für sich privat entscheiden. Aber im öffentlichen Raum wird das gelebt und dahin integriert, wo wir jetzt sind. Vorgabe ist das, was wir in Bayern leben wollen, und nicht das, was andere zu uns bringen.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Einpacken! – Markus Rinderspacher (SPD): Was ist denn Leitkultur? Das, was wir hier leben! – Zuruf von der CSU: Aber nicht multikulti! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die multikulturelle Gesellschaft ist eine Illusion von Intellektuellen.

(Zurufe von der SPD)

– Es ist schon erstaunlich, dass Sie bei diesem Zitat lachen. Das hat Helmut Schmidt 2004 gesagt.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Schauen Sie mal nach oben auf die Tribüne! Das ist die gesellschaftliche Realität da oben! Schauen Sie sie mal an!)

Schauen Sie sich doch einmal an, wie Sie mit Ihren Vorkämpfern umgehen. Dieses Zitat haben Sie offensichtlich nicht gekannt, weil Sie alles ausblenden, was vernünftig ist,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

weil Sie alles ausblenden, was in die richtige Richtung geht. Wir handeln, liebe Kolleginnen und Kollegen, in christlicher Verantwortung. Deshalb bieten wir auch Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen Schutz. Aber wir wollen auch integrieren, und zwar nicht in Parallelgesellschaften.

(Volkmar Halbleib (SPD): Was sagen denn die Kirchen zu Ihrem Integrationsgesetz? Die lehnen es doch ab! Sie berufen sich auf die Kirchen! – Thomas Kreuzer (CSU): Hören Sie doch auf zu stören! Das ist doch unerhört!)

Wir wollen integrieren in die bayerische, in die deutsche Kultur. Wir wollen keine Multikulti-Phantasien, wie es der große Bundeskanzler Helmut Schmidt einmal gesagt hat. Er hat ganz klar gesagt, dass eine demokratische Gesellschaft sehr lange brauchen wird, bis sie mit multikulti zurechtkommt, und dass das auf absehbare Zeit nicht erreicht wird.

Wenn Sie die Zitate schriftlich haben wollen, gebe ich Sie Ihnen gerne, damit sie einmal etwas dazulernen können. Unter Helmut Schmidt hatte die SPD immerhin noch 40 %. Sie liegen jetzt, glaube ich, bei 14 oder 16 %. Machen Sie so weiter! Die Bevölkerung wird es respektieren und Ihnen das geben, was Sie verdienen, nämlich fallende Wahlergebnisse, fallende Umfrageresultate.

Dazu gehört auch, meine Damen und Herren, dass wir in Bayern immer zu den Vorteilen, aber auch zu den Nachteilen von Migration deutliche Worte gesprochen haben. Wir haben nicht, wie das in Köln der Fall war, tagelang verschleierte, was wirklich passiert ist; denn man muss ehrlich sein zu den Menschen. Man darf ihnen nicht Honig um den Mund schmieren und hoffen, dass sie nicht merken, dass Zuwanderung natürlich auch Probleme mit sich bringt. Nur wenn man Probleme benennt, nur wenn man das Ziel von Integration benennt, nur wenn man den Menschen, die zu uns kommen, klarmacht, was wir von ihnen erwarten, kann Integration gelingen. Deshalb ist die Integration in Bayern wesentlich besser gelungen als im gesamten Bundesgebiet. Das liegt eben daran, dass bei uns immer klar war, wer den Ton angibt.

Ich sage Ihnen auch: Wenn Deutsche ins Ausland abwandern – das gibt es ja auch –, dann tun sie es natürlich, um sich dort zu integrieren – das hoffe ich zumindest – und nicht, um eine Parallelgesellschaft zu gründen. Zumindest sind mir deutsche Parallelgesellschaften nirgends auf der Welt bekannt. Das ist auch die richtige Einstellung zu den Themen.

(Beifall bei der CSU)

Sie reden von Gastarbeitern; Sie haben einen Türken genannt, der vielleicht Feuerwehrkommandant ist, ein braver Arbeitnehmer, der zu diesem Land beiträgt –: Ich weiß nicht, ob Sie einen braven Arbeitnehmer kennen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Den lassen sie nicht ins Schwimmbad!)

– Herr Kollege Rinderspacher, kennen Sie einen braven Arbeitnehmer? Kennen Sie überhaupt einen Arbeitnehmer? – Ich glaube es nicht.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Der brave türkische Arbeitnehmer, den ich kenne, der wählt CSU, weil er weiß, dass hier in Bayern die Welt in Ordnung ist, weil er akzeptiert, dass es eine Leitkultur gibt, und weil er weiß, dass es sich nirgends in Deutschland so gut leben lässt wie hier in Bayern. Und da hat er recht. Deswegen kommen Zuwanderer gerne zu uns. Sie müssen aber auch respektieren, was wir von ihnen verlangen. Deshalb lehnen wir jede Form von Fundamentalismus ab. Wir werden alles tun, um auch weiterhin in Bayern Parallelgesellschaften zu verhindern.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir werden nicht die fehlgeleiteten Wege gehen, die Rot-Grün in anderen Bundesländern leider beschritten hat. Die Ergebnisse sind da. Die Angst der Bevölkerung ist auch da. Hier in Bayern gibt es sie zu Recht nicht, weil es die CSU gibt und weil wir immer eine verbindliche und klare Sprache gesprochen haben.

(Beifall bei der CSU)

Dazu gehört auch, dass wir sehr früh erkannt haben, dass das Beherrschen der deutschen Sprache eine zentrale Voraussetzung ist.

(Zuruf von der SPD)

Sie haben lange darüber diskutiert, ob das überhaupt notwendig ist. Wir haben es aber von Anfang an gewusst.

Dazu gehört auch, dass der Staat das Gewaltmonopol hat.

(Zuruf von der CSU)

Das gilt natürlich nicht nur für jede Form von Scharia-Gerichten, die es bei uns nicht geben darf, sondern auch für Rechtsextreme, die glauben, die Gewalt in die eigene Hand nehmen zu müssen; denn bei uns gilt ganz klar: Nur der Staat hat das Gewaltmonopol inne.

Genauso gilt hier die Trennung von Religion und Staat. Wir verlangen, dass das alles, auch die Gleichberechtigung von Mann und Frau, respektiert wird.

(Zurufe von der SPD)

Jedem der zu uns kommt, muss aber auch klar sein: In der bayerischen Politik haben bayerische und deutsche Interessen klar Vorrang. Das ist es, was Sie nicht sagen wollen, weil Sie selber nicht daran glauben. Ich frage mich daher: Wer soll Sie wählen? – Unsere Wähler wählen uns, weil wir den Vorrang der deutschen und bayerischen Interessen betonen. Das werden wir auch weiterhin tun; das muss jeder respektieren. Andere zu achten, aber auch die eigenen Interessen zu vertreten, das ist gut gelebter Patriotismus. Sie vertreten die eigenen Interessen nicht. Das ist schade. Klar ist aber auch: Sie wollten das nie bzw. schon seit Langem nicht mehr. Diesen Niedergang der Sozialdemokratie in Deutschland und in Bayern bedauere ich sehr. Ich hatte vor Ihnen

immer Achtung, wenn ich auch nicht Ihrer Meinung war. Aber das, was Sie jetzt bieten, ist nicht mehr akzeptabel. Sie werden die Quittung dafür bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Inge Aures (SPD): Da klatscht nicht einmal die CSU!)

548 Millionen Euro enthält der bayerische Haushalt heuer für die Integration. Fragen Sie in den anderen Ländern, die von Ihren Parteikollegen regiert werden, doch einmal herum, wie viel diese für die Unterbringung, für die Asylsozialberatung usw. ausgeben. Ich schätze, einmal, es sind 54,8 Millionen, wenn es überhaupt so viel ist; das ist ein Bruchteil dessen, was wir ausgeben. Das gilt auch im Bereich der Unterbringung, der Asylsozialberatung und, und, und. Bayern gibt deutlich mehr, weil wir die Menschen gut behandeln wollen. Das liegt in unserer christlichen Verantwortung für die Menschen, die zu uns kommen. Wir wollen ihnen Schutz bieten, aber wir wollen kein haltloses Multikulti, sondern klare Bedingungen. Dazu gehört die Leitkultur.

Hier wie auch bei vielen anderen Themen werden Sie irgendwann zu dieser Einschätzung kommen. Einige Ihrer Parteifreunde sind schon so weit. Ich nenne nur Herrn Buschkowsky, der auch immer klar gesagt hat, dass Multikulti gescheitert sei. Die erfolgreichen Leute in Ihren Reihen hatten hierzu immer eine klare Meinung. Leider Gottes werden bei Ihnen erfolgreiche Leute nichts – in der Kommunalpolitik vielleicht, aber darüber hinaus nicht. Das ist leider so.

(Zuruf von der SPD)

Wir wollen auch, dass Sanktionen greifen, wenn jemand nicht bereit ist, sich zu integrieren; denn es kann nicht sein, dass der Staat auf Dauer Dolmetscher finanziert und den Betreffenden auch dann fördert, wenn er angebotene Deutschkurse und die eindeutige Identifizierung verweigert. Das passt nicht zusammen. Hier muss klar gesagt werden: Das werden wir nicht akzeptieren.

(Zurufe)

Dazu gehört aber auch, dass wir die Zuwanderung im Sinne aller Menschen, die hier leben, begrenzen, sowohl der Zugewanderten als auch der Einheimischen; denn die Zugewanderten wissen ebenso wie Sie: Eine maßlose Zuwanderung kann nicht funktionieren. Deshalb werden wir auch weiterhin dafür eintreten, die Zuwanderung zu begrenzen, die Integration zu fördern und die Leitkultur im Sinne der bayerischen und deutschen Interessen, aber auch im Sinne der Zugewanderten vorzugeben, die klare Bedingungen brauchen, damit sie sich richtig integrieren können, wie es in Bayern auch bisher der Fall war. Wir wollen keine Zustände wie in Berlin oder in anderen Bundesländern. Das wird es bei uns nicht geben. Das garantiert die CSU.

(Beifall bei der CSU – Karl Freller (CSU): Sehr gut!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als nächster Redner hat Herr Kollege Dr. Fahn von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was haben wir in den letzten Minuten gehört? – Wir haben einen ideologischen Schlagabtausch der beiden sogenannten großen Volksparteien gehört. Das bringt uns nicht weiter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es geht konkret um die Sache.

(Harald Güller (SPD): Das kann man als "unterirdisch" bezeichnen!)

Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Daher ist es wichtig, dass wir in dieser Sache parteiübergreifend zusammenarbeiten.

Ich möchte daran erinnern, dass wir am 06.02. ein Gespräch in der Bayerischen Staatskanzlei hatten, bei dem Herr Marcel Huber und Frau Ministerin Müller anwesend waren. Damals sagte Marcel Huber – ich habe es extra mitgeschrieben –, ein gemein-

samer Entwurf sei seine Traumvorstellung. Ich sage mir: Das war ein kurzer Traum des Herrn Marcel Huber. Die Parteien wünschten eine zweite Gesprächsrunde, aber das lehnten Sie gleich am selben Tag ab. Ich finde das schade. Wir verstehen das nicht; denn es gab bereits gemeinsame parteiübergreifende Aktivitäten. Ich denke etwa an die Inklusion und an das Papier zur Entwicklungspolitik. Das ist alles sehr gut.

Herr Huber, wir nehmen diese Aktuelle Stunde nochmals zum Anlass, diesen gemeinsamen Gesetzentwurf im Interesse aller Bürger in Bayern einzufordern und das Ganze noch einmal anzuregen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und des Abgeordneten Volkmar Halbleib
(SPD))

Die Bürger Bayerns wünschen sich gerade bei diesem Thema einen politischen Konsens und keine politischen Streitereien. Das möchte ich nochmals klar sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und des Abgeordneten Volkmar Halbleib
(SPD))

Die Zeit ist kurz, aber lassen Sie mich zehn Punkte nennen:

Erstens fordern wir ein Leitbild für das Zusammenleben. Wir wollen, dass Einheimische und Zugezogene friedlich miteinander leben. Hier geht es um die Akzeptanz grundlegender Werte, die zum Beispiel in der Bayerischen Verfassung und im Grundgesetz zu finden sind. Es geht aber auch um das Bekenntnis zum Rechtsstaat, um Frieden und Gerechtigkeit und um das gemeinsame Element der deutschen Sprache. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweitens wollen wir, dass neben dem Prinzip des Förderns konkret auch das Prinzip des Forderns enthalten ist. Das muss gleichrangig sein und darf nicht einseitig auf die eine oder andere Seite ausschlagen.

Drittens fordern wir, dass Integration zur Pflicht- und Gemeinschaftsaufgabe des Landes und der Kommunen wird. Die Kommunen spielen als Motoren der Integration eine Schlüsselrolle. Integration gelingt nur von unten nach oben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Kommunen dürfen bei dieser Aufgabe nicht allein gelassen werden, weder personell noch finanziell.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Viertens wollen wir eine Infrastruktur mit institutionellen, personellen und finanziellen Zuständigkeiten und Ressourcen, damit diese großen gesellschaftlichen Aufgaben auf allen Ebenen – in Bezirken, Landkreisen und Kommunen – dauerhaft umgesetzt werden können. Wir wollen keine Doppelstrukturen wie neue Integrationsbeiräte, sondern wir wollen die bestehenden Strukturen stärken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Fünftens. Wir wollen, dass sich ein Integrationsgesetz nicht nur an Flüchtlinge, sondern auch an Migranten richtet, da der Begriff "Gastrecht" einen zeitlich begrenzten Aufenthalt suggeriert, der für viele gar nicht möglich ist, weil sie in Deutschland bleiben wollen.

Sechstens. Ein für uns FREIE WÄHLER sehr wichtiger Punkt ist, dass die entstehenden Kosten nicht auf die Kommunen abgewälzt werden. Durch das neue Integrationsgesetz werden neue Standards festgesetzt und Aufgaben zum Teil den Kommunen übertragen. Der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Brandl, sagt bereits heute, dass Kommunen jetzt schon zu 50 % an den Kosten beteiligt seien. Das darf nicht sein. Wir erinnern hierbei ausdrücklich an das Konnexitätsprinzip.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Siebtens. Wir wollen, dass das Erlernen der deutschen Sprache der Schlüssel zur Integration wird. Zudem fordern wir eine schnellere Integration der Menschen mit Bleibeperspektive durch eine flächendeckende Sprachförderung in allen Landkreisen und Städten, Alphabetisierungskurse, Deutschkurse und berufsbezogene Sprachkurse. Es ist aber auch wichtig zu sagen, dass Flüchtlinge die Möglichkeit haben müssen, Deutschkurse zu besuchen. Man kann sie nicht bestrafen, wenn sie die Möglichkeit, solche Kurse zu besuchen, gar nicht hatten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Achtens. Wir wollen, dass die Integration gelingt. Dazu müssen die Integrationsberatung und die Asylsozialberatung stärker ausgebaut werden, als dies heute der Fall ist.

Neuntens. Wir wollen, dass der Integrationsbeauftragte vom Landtag gewählt wird, damit er eine stärkere Legitimation hat. Wir fordern auch, dass der Integrationsbeauftragte im Landtag jährlich einen Bericht gibt. Dazu haben wir bereits einen eigenen Antrag gestellt.

Zehntens wollen wir, dass der Integrationsrat gestärkt und sein Aufgabenbereich aufgewertet wird, dass er zum Beispiel als eigenständiger Unterausschuss gestärkt wird. Im Moment ist der Integrationsrat nur ein Ad-hoc-Ausschuss. Die bisherige Formulierung, wonach der Integrationsbeauftragte Vertreter der Verbände zur Beratung heranziehen kann, lässt Willkür zu. Wir wollen den Integrationsrat aufwerten, um der Bedeutung der Verbände gerecht zu werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich komme zum letzten Punkt und schließe an den Anfang meines Vortrags an. Wir wollen nach wie vor einen parteiübergreifenden Gesetzentwurf, weil nur dieser die Punkte enthält, die uns allen wichtig sind. Wir sollten nicht über Begrifflichkeiten streiten. Wenn die Staatsregierung sich hierzu nicht bereit erklärt, kündige ich gleich an, dass auch die FREIEN WÄHLER einen Gesetzentwurf einreichen werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat Frau Kollegin Kamm vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ob Integration gelingt, hängt von den neuen Gesellschaftsmitgliedern ab, die zu uns kommen. Ich denke, wir können sehr optimistisch sein. Die allermeisten Menschen, die vor Krieg und Terror geflohen sind, wollen hier für sich und ihre Kinder eine neue Existenz aufbauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie wollen lernen, wie unsere Gesellschaft funktioniert, eine Gesellschaft, in der es Jahrzehnte keinen Krieg gegeben hat und in der man vor staatlicher Verfolgung sicher sein kann. Sie wollen diese Gesellschaft akzeptieren. Sie wollen unseren Wertekern akzeptieren. Sie wollen unsere Sprache lernen. Sie wollen etwas aufbauen. Sie wollen nicht von staatlicher Zuwendung leben müssen. Sie bringen auch ihre Kultur und ihre Traditionen mit. Dies ist auch eine Bereicherung für unsere Gesellschaft. Wer beispielsweise einmal bei einem bengalischen, syrischen oder türkischen Neujahrsfest war, weiß das.

Ob Integration gelingt, hängt auch von der aufnehmenden Gesellschaft ab. An dieser Stelle bin ich auch sehr optimistisch. Es ist beeindruckend, welche Unterstützung und Hilfe unsere Gesellschaft bisher für die Neuankommenden geleistet hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dafür danke ich den vielen Menschen in den Helferkreisen, in den Verwaltungen, in den Kommunen, bei den Verbänden, in den Kitas, in den Schulen, in Wirtschaftsunternehmen und bei der Polizei. Sie zeigen, wie Integration gelingen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ob Integration gelingt, hängt aber auch von den politischen Rahmenbedingungen ab. Leider zeigt der Gesetzentwurf der CSU, was man alles falsch machen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN – Josef Zellmeier (CSU): Ja, ja!)

– Herr Kollege Zellmeier, Ihre Rede hat eher an den gestrigen Maibockanstich als an eine Plenarrede erinnert.

(Beifall bei den GRÜNEN – Josef Zellmeier (CSU): Das ist die bittere Realität! – Harald Güller (SPD): Die Maibock-Rede hat noch Niveau gehabt!)

Sie wollen keine Türen aufmachen. Sie wollen nicht zum Durchgehen einladen. Stattdessen wollen Sie vor jede Tür noch ein Vorhängeschloss hängen. Auf jeder Tür steht groß: Leitkult. Sie selber wissen aber nicht genau, was Sie eigentlich darunter verstehen. Für die Integrationsbereitschaft der zu uns Kommenden macht es einen großen Unterschied, ob ihnen gesagt wird, dass sie willkommen sind, es jedoch Regeln gibt, an die sie sich halten müssen, oder ob ihnen mit Misstrauen begegnet und bedeutet wird, dass ihre Kultur nichts zählt. Ihnen wird stets ein großes Schild vorgehalten, auf dem steht: Achtung, halten Sie sich an den Leitkult. Niemand weiß, was das eigentlich sein soll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Integration hängt von den Rahmenbedingungen ab. Wenn wir Integration offen und entschlossen angehen, werden wir die Herausforderungen meistern – zum Gewinn für uns alle, für die Menschen, für das Land, für die Wirtschaft und für unsere Gesellschaft. Sowohl die Zuwanderer als auch die Menschen in Bayern sind dazu bereit.

Wenn man Menschen, die schon lange bei uns leben, die sich bei uns integriert, eine Familie geschaffen und in Beruf oder Ehrenamt etwas aufgebaut haben, das Gesetz,

das Sie entworfen haben, zeigt, sagen sie: Wie kann es sein, dass in Bayern Gesetze von Menschen geschrieben werden, die nichts davon verstehen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist noch die mildeste Kritik an Ihrem Gesetz. Ich sage Ihnen: Geben Sie Ihren Widerstand auf. Verpacken Sie Ihren Leitkult tief in Ihren Aktenschränken. Packen Sie mit an. Gestalten Sie zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern Bayerns und den Menschen, die zu uns gekommen sind, ein menschliches, sympathisches und weltoffenes Bayern!

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat Herr Kollege Neumeyer von der CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Neumeyer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich den Titel der Aktuellen Stunde lese, frage ich mich: Wenn wir ein echtes Gesetz brauchen, was ist dann ein unechtes Gesetz?

(Markus Rinderspacher (SPD): Ihres! – Margarete Bause (GRÜNE): Das haben Sie doch selber kritisiert!)

Nachdem wir schon Zitate von hohen SPD-Politikern gehört haben, setze ich noch eines drauf.

(Inge Aures (SPD): Oh je!)

– Nicht "oh je". Das ist notwendig. – Das Zitat stammt von Herbert Wehner aus dem Jahr 1982:

Wenn wir uns weiterhin einer Steuerung des Asylproblems versagen, dann werden wir eines Tages von den Wählern, auch unseren eigenen, weggefegt. Dann werden wir zu Prügelknaben gemacht werden. Ich sage euch – wir sind am Ende

mitschuldig, wenn faschistische Organisationen aktiv werden. Es ist nicht genug, vor Ausländerfeindlichkeit zu warnen – wir müssen die Ursachen angehen, weil uns sonst die Bevölkerung die Absicht, den Willen und die Kraft abspricht, das Problem in den Griff zu bekommen.

Genau das ist der Ansatz.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen die Ursachen sowohl in den Ländern als auch bei uns in Deutschland angehen. Wir müssen die Voraussetzungen für die Zukunft und für ein gemeinsames Zusammenleben schaffen. Aufgrund der vielen Veranstaltungen, an denen ich tagtäglich teilnehme, weiß ich, dass nicht alle Bürgerinnen und Bürger von der Integration überzeugt sind. Sie sagen: Das lehnen wir ab, das wollen wir nicht. Deshalb ist es in erster Linie notwendig, die Menschen von der Integration und davon zu überzeugen, dass wir ein Integrationsgesetz brauchen. Damit schaffen wir eine Zukunftswerkstatt. Wir brauchen kein parteipolitisches Geplänkel. Wir müssen stattdessen gemeinsam die Bürgerinnen und Bürger davon überzeugen, dass ein Gesetz notwendig ist. In den Veranstaltungen sage ich immer: Es gibt keine Alternative zur Integration. Sagen Sie mir, was die Alternative zur Integration ist. – Keine Integration. Das funktioniert nicht. Das haben wir in Belgien und in Frankreich gesehen. In diesen Ländern sprechen die Menschen Französisch sogar als erste oder zweite Muttersprache. Die Sprache war keine Barriere. Weder Belgien noch Frankreich haben Integrationsleistungen angeboten. Jetzt wundern sie sich, dass sie versagt haben.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Es gibt auch gute Beispiele in Frankreich! Reden wir doch differenzierter!)

– Es gibt immer gute Beispiele. Es gibt immer gute Beispiele und schlechte Beispiele. Das ist das Leben.

(Beifall bei der CSU)

Der Staat hat in diesen Ländern versagt. Er hat weggeschaut und keine Verantwortung übernommen. Selbstverständlich sind Sprachkurse die Basis für vieles. Die Angebote müssen erweitert werden. Liebe Freunde, meine sehr verehrten Damen und Herren, angesichts der Anzahl der Menschen, die zu uns gekommen sind, ist es jedoch nicht leicht, alles eins zu eins sofort umzusetzen. Stellen Sie sich vor, die Zahlen wären wie im letzten Jahr weiter gestiegen. Dann wären wir heute in einer ganz anderen Situation, die wir nicht mehr beschreiben könnten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich führe ein Zitat aus dem Organ "Neue Zürcher Zeitung" an:

"50 Jahre nach dem Beginn der Einwanderung bekommt Deutschland jetzt ein Integrationsgesetz", erklärte SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann über Twitter. Den Eckpunkten zufolge will die Bundesregierung den Gesetzentwurf bei ihrer Klausurtagung am 24. Mai beschliessen. Das Gesetz werde sich an den "Grundsätzen des Förderns und Forderns" orientieren, heisst es darin. Zudem soll Asylbewerbern ein Wohnsitz zugewiesen werden können.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist auch alles richtig!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb muss man ganz ehrlich sagen: Die Autoren des Gesetzes auf Bundesebene, das sich sehr stark an Bayern orientiert, sind Frau Nahles und Herr de Maizière.

(Markus Rinderspacher (SPD): Herr Neumeyer, ich bitte Sie!)

Es stellt sich die Frage: Warum ist das Fördern und Fordern in Bayern falsch, auf Bundesebene jedoch richtig? Der Freistaat Bayern hat ein Gesetz geschaffen, das notwendig ist. Wir sollten es gemeinsam verteidigen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das haben Sie doch selber kritisiert!)

– Ich habe es nicht kritisiert. Im Hinblick auf Sanktionen sind wir in Bayern durch die Bundesgesetzgebung sehr beschränkt. Mein Ansatz wäre gewesen, Anreize zu schaffen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Wo sind die Anreize?)

Liebe Freunde, Demokratie bedeutet, Vorschläge zu machen. Wenn man keine Mehrheit hat, sind sie erledigt. So ist nun einmal Demokratie.

(Markus Rinderspacher (SPD): Dann machen wir einen Änderungsantrag! Machen Sie den gemeinsam mit uns!)

– Nein, ich bleibe bei der CSU. Da bin ich sehr glücklich. Ich bin auch sehr glücklich, dass ich vom Ministerpräsidenten zum zweiten Mal zum Integrationsbeauftragten berufen wurde. Aus meiner Sicht ist es für Bayern sehr gut, dass ich das mache. Man muss auch eine gewisse Überzeugung haben.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei diesem Integrationsgesetz müssen wir eines bedenken: Es gibt dazu keine Alternative. Bayern ist in der Integration sehr stark. Denken Sie nur daran, was Bayern für Integration durch Arbeit und durch Wohnungen tut. Das ist ein sehr weiter Weg. Wir haben in Bayern alle Chancen der Welt. Wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen, werden wir diese Chancen realisieren; denn Bayern ist das Land mit dem höchsten bürgerschaftlichen Engagement. Wir brauchen alle, die in der Flüchtlingsarbeit tätig sind, genauso bei der Integrationsarbeit. Der Freistaat Bayern allein kann dies nicht schaffen. Der Freistaat Bayern braucht genau wie alle anderen Staaten seine Bürgerinnen und Bürger.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Integration ist keine Kür, sondern sie ist eine Pflicht von allen. Im Grunde hat es jeder Migrant selbst in der Hand, ob er sanktioniert wird oder nicht. Wenn ein Migrant Sprachkurse macht und sich integriert, hat er

keine Sanktionen zu befürchten. Das liegt ganz in der Hand jedes Einzelnen. Wenn wir gemeinsam am richtigen Strang ziehen, schaffen wir das.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Taşdelen von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Zellmeier, gestatten Sie mir ein paar Worte zu Ihnen: Ich habe wirklich schon sehr viel gehört. Bei uns in Franken sagt man: So viel Gschmarri habe ich schon lange nicht mehr gehört.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Es ist schön, dass Sie sich Gedanken über den Zustand der SPD machen. Sie haben gesagt: Die SPD fällt.

(Josef Zellmeier (CSU): Die SPD fällt zu Recht!)

– Ich sage Ihnen: Ob die SPD fällt oder nicht, entscheiden nicht Sie, das entscheidet die Wählerin, das entscheidet der Wähler.

(Beifall bei der SPD – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Eben! – Josef Zellmeier (CSU): Das ist das Dramatische an Ihrer Situation!)

Eine persönliche Bemerkung: Wenn ich falle, dann falle ich mit Anstand.

(Beifall bei der SPD)

Ich versuche dann nicht, mich auf Kosten anderer, auf dem Rücken anderer über Wasser zu halten. So viel zu Ihnen, lieber Herr Zellmeier.

(Beifall bei der SPD – Dr. Florian Herrmann (CSU): Unverschämtheit!)

Gefehlt hat nur noch, dass Sie bei Ihrer Bewunderung für Helmut Schmidt mit einer Mentholzigarette hier vorne stehen. Helmut Schmidt hat einmal gesagt: "Von einem 93-Jährigen Optimismus zu erwarten, ist ein bisschen viel verlangt." Er hat auch einmal gesagt: "In der Krise beweist sich der Charakter." Das ist jetzt aktuell der Fall.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben im Februar letzten Jahres in diesem Hohen Hause einen Gesetzentwurf eingebracht, in dem wir geschildert haben, wie wir uns Integration vorstellen, wie Integration richtig gelingen kann. Hier gibt es überhaupt keinen Gegensatz zu dem, was vorher gesagt wurde. Natürlich setzen auch wir darauf, dass wir den Menschen etwas anbieten. Wenn diese Angebote nicht angenommen werden, sind wir gerne bereit, über Sanktionen nachzudenken. Dem haben wir uns noch nie verwehrt. Wir müssen aber den Menschen ein Integrationsangebot machen.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Das machen wir ja!)

Sie haben den Gesetzentwurf, den wir eingebracht haben, im Februar dieses Jahres in Zweiter Lesung abgelehnt. Außerdem haben Sie in den letzten Monaten immer davon gesprochen, dass wir in Bayern kein solches Gesetz bräuchten. Gut ist, dass Sie jetzt schon einmal eingesehen haben, dass wir die Integration in Bayern steuern und anständig regeln müssen. Wir dürfen Integration nicht dem Zufall überlassen. Das ist schon einmal eine gute Erkenntnis.

(Josef Zellmeier (CSU): Das ist der Inhalt unseres Gesetzes!)

Sie haben jetzt ein Papier vorgelegt – ich habe keine Ahnung, ob es überhaupt die Bezeichnung "Gesetz" verdient –, von dem Ihr Parteikollege Uwe Brandl, der Präsident des Bayerischen Gemeindetages, sagt: Dieser Gesetzentwurf ist an keiner Stelle konkret, er ist zu schwammig. Herr Brandl ist ein CSU-Politiker, und zwar kein unwichtiger. Martin Neumeyer, der Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, muss-

te vorhin selber lachen, als er sagte, dass es gut sei, dass er diesen Job ausübe. Er hat außerdem gesagt, dieser Gesetzentwurf sei repressiv statt motivationsfördernd.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist die Aussage von Martin Neumeyer, nicht die Aussage eines SPD-Politikers. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Thema ist wirklich wichtig. Herr Minister Dr. Huber, Sie haben erklärt, dass Sie möglichst gemeinsam mit allen Fraktionen in diesem Hohen Haus einen Gesetzentwurf vorlegen wollen. Deshalb haben Sie zu einem Gespräch bei Ihnen eingeladen. Danach kam nichts. Herr Kreuzer hat ein Integrationsgesetz immer verteufelt. Als wir eine interkulturelle Öffnung und eine interkulturelle Schulung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gefordert haben, hat er gesagt, dies sei ein Schlag ins Gesicht der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Anscheinend hat er inzwischen umgedacht. In Ihrem Papier ist die interkulturelle Öffnung der Verwaltung erwähnt.

Wir machen Ihnen noch einmal ein konkretes Angebot. Der Ministerpräsident sucht die Koalition mit den Bürgerinnen und Bürgern. Die Bürgerinnen und Bürger, mit denen er diese Koalition eingehen möchte, haben diesen Gesetzentwurf der Staatsregierung in sehr vielen Sitzungen abgelehnt. Wir sollten uns deshalb noch einmal an einen Tisch setzen und gemeinsam ein Gesetz formulieren, das die Bezeichnung "Integrationsgesetz" wirklich verdient.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Thema ist viel zu wichtig, als dass es für wahlkampfaktische Überlegungen verwendet werden sollte. Bei diesem Thema geht es um den Zusammenhalt der Menschen in Bayern insgesamt. Dessen sollten Sie sich bewusst sein. Lassen Sie uns noch einmal darüber nachdenken.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat nun Herr Kollege Unterländer von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Joachim Unterländer (CSU): Lieber Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich bei dieser Aktuellen Stunde gefragt, was die SPD-Fraktion eigentlich will. Ich frage mich, ob Sie spalten und diesen Diskussionsprozess nicht weiter positiv gestalten wollen oder ob Sie gemeinsam mit uns über dieses Thema beraten wollen, wie das Herr Kollege Taşdelen am Schluss gesagt hat. Was gilt nun? – Das ist in dieser Aktuellen Stunde nicht erkennbar. Wenn Sie ein Miteinander wollen, was die Voraussetzung für die Integration in unserer Gesellschaft ist, dann dürfen Sie nicht spalten, sondern müssen versuchen, Gemeinsamkeiten zu erreichen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Arif Taşdelen (SPD): Genau! Bravo!)

Sobald die Anhörungen stattgefunden haben, werden wir auf der Grundlage eines Gesetzentwurfes in die Gesetzesberatungen eintreten. Wir werden dann miteinander die Möglichkeit haben, über dieses Thema vernünftig und in aller Breite zu diskutieren und zu Ergebnissen zu kommen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Hoffen wir das!)

Das muss unser gemeinsames Ziel sein. Sie wollen jetzt in dieser Aktuellen Stunde den Spaltpilz in die Gesellschaft hineinbringen,

(Markus Rinderspacher (SPD): Wir? Also Herr Unterländer!)

obwohl Sie nur einen überschaubaren Anteil der Bevölkerung repräsentieren. Ich kann mir deshalb nicht vorstellen, dass Ihnen das besonders gut gelingen wird. Ich sage aber ganz klar: Für uns ist die Voraussetzung für eine gelingende Integration ein Miteinander, ein Geben und ein Nehmen.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Für uns auch!)

Geben und Nehmen bedeutet, dass beide Gruppen, die aufnehmende Gesellschaft und diejenigen, die sich zu integrieren haben, gemeinsam miteinander leben. Dabei möchte ich zu dem Beispiel des Türschlosses, das Frau Kollegin Kamm gebracht hat, etwas anmerken: Wenn mehrere Parteien durch dieselbe Tür gehen, brauchen sie natürlich eine Hausordnung, damit sie im Haus zusammenleben können.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Diese Hausordnung besteht aus unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, unserer Kultur

(Margarete Bause (GRÜNE): Aber nicht Ihrem Leitkult!)

und dem demokratischen Miteinander. – Allein Ihr Schreien zeigt, dass Sie selbst mit dieser Kultur Ihre Schwierigkeiten haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Thomas Gehring (GRÜNE): Deutsche Unterkultur! – Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Herr Kollege Dr. Fahn, Sie fordern den Bürgerkonsens. Diesen herzustellen wird in Bezug auf das Integrationsgesetz die weiterführende Aufgabe sein, die wir zu erledigen haben. In diesem Zusammenhang möchte ich ganz deutlich etwas feststellen: Sie empfinden die Ernennung unseres Integrationsbeauftragten, des Kollegen Martin Neumeyer, als monarchisch, wie es der Kollege Rinderspacher gesagt hat.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Dazu sage ich Ihnen: Ihre Diskreditierung der Arbeit von Martin Neumeyer ist eine bodenlose Frechheit und widerspricht dem, was die Menschen in unserem Land empfinden.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD) – Margarete Bause (GRÜNE): Sie haben echt keine Argu-

mente! – Dr. Paul Wengert (SPD): Unterstellung! Ihr könnt ja nicht einmal differenzieren! – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Das stimmt nun wirklich nicht!

Das widerspricht auch der hervorragenden Arbeit, die Martin Neumeyer in diesem Zusammenhang leistet. – Meine Damen und Herren, das Gutachten, das von den Migrationsstiftungen in den vergangenen Tagen vorgestellt worden ist, zeigt, dass nicht nur die Aufnehmenden und die Ankommenden in unserer Gesellschaft Integrationsbedarf haben, sondern auch diejenigen mit Migrationshintergrund. Dort ist teilweise eine schärfere Wahrnehmung von Problemen vorhanden als in anderen Teilen der Gesellschaft.

(Markus Rinderspacher (SPD): Bei den Kirchen, bei den Gewerkschaften, bei den Spitzenverbänden, bei allen! Das sind nicht die Migrantenverbände!)

Deswegen ist eine daran angepasste differenzierte Vorgehensweise dringend erforderlich. Im Zusammenhang mit diesem Integrationsgesetz müssen wir die gesellschaftliche Situation in den Wohnbereichen, die Situation in der Ausbildung und gerade die frühkindliche Förderung verbessern, um eine gelingende Integration derjenigen Menschen zu ermöglichen, die zu uns gekommen sind und noch zu uns kommen werden. Letztere sind mehr als diejenigen, die im Rahmen des Migrationsprozesses bisher gekommen sind. Deswegen ist es notwendig, ein solches Gesetz zu schaffen. Deswegen ist es notwendig, Spielregeln zu haben. Dabei handelt es sich um die Spielregeln, die das Zusammenleben in unserem Land in einer bewährten Tradition ermöglicht haben. In diesem Sinne ist es klar, dass wir ein Integrationsgesetz auf der Basis eines Gesetzentwurfs der Staatsregierung brauchen, über dessen Einzelheiten wir natürlich diskutieren müssen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Letzte hat nun Frau Staatsministerin Emilia Müller das Wort. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Beim Thema Integration ist es angebracht und wichtig, mit der nötigen Sachlichkeit vorzugehen.

(Beifall bei der CSU – Margarete Bause (GRÜNE): So hat der Zellmeier geredet!
– Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Genau!)

In Bayern sind derzeit – ich möchte es betonen, und ich glaube, ich bin von allen am nächsten dran – 155.000 Menschen untergebracht.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Das sind Menschen aus unterschiedlichen Nationen mit unterschiedlichen Religionen, aus unterschiedlichen Sprachfamilien und unterschiedlichen Kulturen. Es ist eine gewaltige Leistung, dass wir das im letzten Jahr hinbekommen haben. Stellen Sie sich die Größenordnung einer Stadt mit 155.000 Einwohnern vor. Ich komme aus der Oberpfalz. Regensburg hat nicht so viele Einwohner. Man muss sich immer im Detail anschauen, was das bedeutet. Ich gehe davon aus, dass in der Zukunft ungefähr 70 % derjenigen, die zu uns gekommen und bei uns untergebracht sind, anerkannt werden. 70 %! Sie können sich ausrechnen, was das bedeutet. Die Menschen müssen hier wohnen und integriert werden, und wir müssen unter anderem die Balance in unserer Gesellschaft halten. Das ist eine riesige Herausforderung.

Integration geht nicht von heute auf morgen. Das müssten wir doch alle wissen. Wir brauchen einen langen Atem und die notwendige Geduld. Die nächste Generation wird uns sagen, ob es uns gelungen ist, diese Menschen bei uns zu integrieren. Wir wollen, dass Integration gelingt; denn eine gelingende Integration ist die Voraussetzung dafür, dass die Arbeitslosigkeit bei uns niedrig bleibt, dass der Wohlstand erhalten bleibt und dass die verschiedenen Gruppen unserer Gesellschaft in sozialem Frieden und in Balance miteinander leben können.

Damit Integration gelingt, ist zum Ersten ein kontrolliertes Zugangsgeschehen erforderlich. Zum Zweiten sind die richtigen Leitprinzipien für die Integration erforderlich. Dazu gehört an vorderster Stelle unser Grundsatz des Förderns und Forderns. Dazu brauchen wir die ausdifferenzierten Fördermaßnahmen. Darüber haben wir uns mehrfach Gedanken gemacht. Alle Fraktionen waren in der Staatskanzlei dabei, als wir gemeinsam mit Marcel Huber an diesem Integrationsgesetz gearbeitet haben.

(Margarete Bause (GRÜNE): Wer hat dann ein zweites Treffen verweigert?)

Der Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung beruht auf den Voraussetzungen, die ich vorhin erwähnt habe.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Und nicht auf diesen Gesprächen!)

Zusammen mit dem Integrationspaket können wir die Integration bestmöglich fördern. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, schauen Sie sich an, was in Bayern passiert. Wir können mit Fug und Recht sagen, dass Bayern das Land der gelingenden Integration ist.

(Christine Kamm (GRÜNE): Das ist aber nicht Ihnen zu verdanken!)

In unseren großen Städten in Bayern liegt der Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund grundsätzlich bei über 30 %.

(Zuruf des Abgeordneten Florian Ritter (SPD))

Wir haben keine Parallelgesellschaften. Wir haben keine Ghettos. Augsburg, eine unserer größeren Städte, hat 36 % Einwohner mit Migrationshintergrund, und ich darf sagen: Auch dort ist Integration absolut gelungen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Es ist hier mehrfach angesprochen worden: Bayern ist weltoffen. Bayern ist bunt. Die Menschen in Bayern sind tolerant und leben nach dem Grundsatz "Leben und leben

lassen". Die zentrale Voraussetzung für gelingende Integration lautet: Integration geschieht nach klaren Regeln nach dem Grundsatz "Fordern und fördern". Beim Fördern sind wir uns mit allen Fraktionen einig. Das ist überhaupt kein Problem. Auch wir wollen, dass gefördert wird. Ich wünsche, wir wären uns genauso fraktionsübergreifend einig, dass auch das Fordern und gegebenenfalls Sanktionen zwingend notwendig sind. Integration ist keine Einbahnstraße, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Unser Gesetzentwurf fordert deshalb von den Migrantinnen und Migranten ausdrücklich die Achtung unserer Werteordnung und unserer Leitkultur. Migrantinnen und Migranten müssen das Grundgesetz und die Bayerische Verfassung anerkennen, sich dazu bekennen und danach leben.

(Arif Taşdelen (SPD): Das muss jeder!)

Es stellt sich nicht die Frage, wer sich nach wem richten muss, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wer unsere freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnt, wer die Menschenrechte unseres Grundgesetzes nicht achtet und wer unsere Leitkultur nicht akzeptiert, muss mit Sanktionen rechnen; denn das sind die verbindlichen Regeln, nach denen jeder handeln muss, egal woher er kommt, woran er glaubt und was sein kultureller Hintergrund ist.

(Markus Rinderspacher (SPD): Was ist denn Leitkultur, Frau Ministerin?)

Gleichzeitig schafft das Bayerische Integrationsgesetz auch die Grundlagen für Förderung in vielen Lebensbereichen, zum Beispiel bei Sprache und Bildung. Es bietet damit im Rahmen der Kompetenzverteilung von Bund und Land ein ausgewogenes Gesamtkonzept.

Auch das Integrationsgesetz des Bundes hat das Ziel "Fördern und Fordern". Ich bin der Überzeugung, dass dies der richtige Ansatz ist. Wir stehen in dieser Frage mit Sicherheit nicht allein. Es ist ein ausgewogenes Konzept.

Für gelingende Integration ist das enge Zusammenspiel mit den Kommunen und den ehrenamtlich Tätigen unerlässlich. Ich bedanke mich ausdrücklich bei den Kommunen, die insoweit einen enorm großen Beitrag leisten, sowie bei den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die sich ehrenamtlich engagieren. Dass sie ihre Zeit und oft auch Geld einbringen, weiß ich sehr wohl zu schätzen. Das Zusammenspiel mit Kommunen und Ehrenamtlichen ist eine optimale Ergänzung der Bemühungen unserer Gesellschaft in Sachen Integration.

Der Grundsatz "Fördern und Fordern" hat sich bewährt. Ich betone, es ist ein richtiger, wichtiger Ansatz. Der Bund hat diesen Grundsatz als Maßgabe für das angekündigte Integrationsgesetz fixiert. Auch damit wird ein wichtiges Signal ausgesandt. Dies bestärkt uns darin, an unserem Kurs festzuhalten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein wesentlicher Punkt – darüber müssen wir uns im Klaren sein – betrifft das Fördern. Wir jedenfalls streben eine gute Förderung an.

Das Erste ist: Der Entwurf für ein Bayerisches Integrationsgesetz enthält das klare Bekenntnis des Freistaates zum Grundsatz des Förderns. Dabei kommt der Sprachförderung schon im vorschulischen Bereich große Bedeutung zu. Ich verweise insbesondere auf die Fördermaßnahme "Vorkurs Deutsch 240", mit der bereits im Kindergarten 240 Stunden Sprachförderung extra ermöglicht werden. Frühkindliche Bildung umfasst aber noch mehr. Auch die Werteerziehung im Kindergarten ist wichtig. Integration gelingt dann am allerbesten, wenn Bildung und Werteerziehung schon im Kindergarten beginnen.

Der zweite Punkt: Wir fördern die Integration mit unserem Sonderprogramm "Zusammenhalt fördern, Integration stärken". Wir haben es bereits im Jahr 2015 aufgelegt, als in der übrigen Bundesrepublik noch niemand daran dachte, überhaupt nur ein entspre-

chendes Konzept zu erstellen. Das Programm umfasst ein Maßnahmenpaket – einige Vorredner haben schon darauf hingewiesen – in der Größenordnung von 548 Millionen Euro allein für das Jahr 2016. Das ist deutschlandweit einmalig. Ich bin der Auffassung, dass wir in Bayern gezielt in die Vermittlung unserer Werte, in das Erlernen der deutschen Sprache sowie generell in gute Bildungs- und gute Arbeitschancen investieren. Das Erlernen der deutschen Sprache ist das zentrale Element der Integration. Dessen sind wir uns bewusst. Deswegen investieren wir als Freistaat zusätzlich zu den Sprachkursen, die der Bund fördert, 17 Millionen Euro in Sprachkurse. Wir ergänzen auch die sonstigen Angebote des Bundes.

Bei der Erstellung unserer Konzepte arbeiten wir auch mit der Wirtschaft zusammen, da der Integration durch Arbeit besondere Bedeutung zukommt. Wir haben mit der bayerischen Wirtschaft einen entsprechenden Pakt geschlossen. Wir fördern allein im Jahr 20.000 Plätze – für Praktika, für Ausbildung, für Arbeit. Bis Ende 2019 wird sich die Zahl der geförderten Plätze auf 60.000 erhöht haben.

(Beifall bei der CSU)

Das ist ein sehr wichtiger Ansatz, weil damit unter anderem gezeigt wird, dass es sich bei der Integration um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt. Klar ist, dass sie der Wirtschaft ebenfalls wichtig ist. Ich bin der Überzeugung, es ist richtig, dass wir ein eigenes bayerisches Gesetz brauchen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit und bitte um Unterstützung.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. – Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.